

Textsammlung als Material aus Amtsblatt KA und BNN

vom 9. bis 25. März 2017 zum Thema „Verbot der Nazi-Großdemo am 3. Juni“ mit links zu den Originalen und einem relevanten Auszug aus der [WebDoku](#) als Abschluss

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170325bnn.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 25.03.2017 | Seite 25

Quadratur des Kreises

Stadtgespräch

Es wird eng in der Stadt am 3. Juni. Die von den Rechtsextremisten angekündigte Großdemo mit dem großspurigen Namen „Tag der deutschen Zukunft“ sorgt schon für Debatten, bevor die ersten rechtsextremen Reisekader das Stadtgebiet betreten. In der Innenstadt sind zeitgleich Straßen und Plätze belegt durch den Christopher Street Day. In Durlach sind verschiedene Akteure durchaus entsetzt, weil Oberbürgermeister Mentrup Durlach „prinzipiell“ für geeignet hält als Ort für diese Demo. In Durlach verweisen CDU und Freie Wähler unterdessen auf den zeitgleich stattfindenden Kruschtmarkt, auf den einkaufstarken Pfingstsamstag und die engen Altstadtgassen. Nun hat der OB sich nicht für Durlach als Demonstrationsstandort ausgesprochen, er hält Durlach für „prinzipiell geeignet“, wahrscheinlich so „prinzipiell“ geeignet wie es auch Mühlburg wäre, um mal den großen Stadtteil in der anderen Himmelsrichtung zu erwähnen. Durlach ist nicht wegen der Stadtverwaltung in der Debatte, sondern weil die die Demonstration wesentlich tragende Partei „Die Rechte“ nach Durlach will. Da kann man nur mutmaßen warum? Liegt es daran, dass vor Jahren bereits schon einmal Rechtsextreme dort Fuß fassen wollten, als es um einen Immobilienverkauf ging? Oder geht es eher um die Nähe zur Autobahn, die Nähe zu den Umlandgemeinden? Die rechtsextremen Reisekader kämen schnell hin und wären schnell auch wieder weg.

Wo immer die Demo letztlich stattfindet, überall wird es Probleme geben. Sowohl in der Innenstadt mit ebenfalls samstäglichem Einkaufstrubel wie in Durlach. Der Christopher Street Day ist gesetzt, irgendwie unvorstellbar, dass die rechtsextreme Demo auch nur in die Nähe kommen kann. Hinzuaddiert werden muss noch ein ausreichender Platz für die sicherlich große Gegendemonstration. Entscheidend sind nun die bevorstehenden sogenannten „Kooperationsgespräche“ mit dem Anmelder, die Juristen der Stadt arbeiten auf Hochtouren, ein entscheidendes Wort hat die Polizei mitzusprechen, die sich auf einen Großeinsatz vorbereitet. Viele Dinge sind also unklar. Alle Aspekte befriedigend zu lösen gleicht der Quadratur des Kreises. Theo Westermann

https://presse.karlsruhe.de/db/stadtzeitung/jahr2017/woche12/petition_zivilgesellschaft_setzt_zeichen.html

Karlsruhe: Stadtzeitung Ausgabe vom 24. März 2017

Petition: Zivilgesellschaft setzt Zeichen

OB Mentrup nimmt 9.000 Unterschriften gegen „Tag der deutschen Zukunft“ entgegen

Die Zahl 8808 prangte auf dem Deckel des Ordners, den Andreas Brieger vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) für das „Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts“ am Dienstag an Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup übergab.

Doch da war die Zahl schon überholt, mehr als 9.000 Unterschriften waren bereits in dem dicken Ordner abgeheftet. Sie stammen allesamt von Bürgerinnen und Bürgern, die eine Online-Petition unterzeichnet hatten, in der das Netzwerk an die Stadt appelliert, alles ihr Mögliche zu tun, um in Karlsruhe den diesjährigen „Tag der deutschen Zukunft“ zu verhindern. Die Zahl derer, die sich mit ihren Unterschriften gegen den für den 3. Juni in Durlach angemeldeten Aufmarsch von Rechts-

extremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland wehren, steigt ständig weiter.

Er nehme das „deutliche Zeichen der Zivilgesellschaft“ gerne entgegen, betonte der OB bei der Übergabe. Mentrup unterstrich aber gleichzeitig, dass die Stadt juristisch kein Verbot durchsetzen könne, wenn sich der Veranstalter an die Auflagen halte und erinnerte an die gerichtliche Schlappe im Zusammenhang mit einer rechtsextremen Kundgebung an Pfingsten 2013. Er setzt vielmehr darauf, dass die Bürgerschaft am 3. Juni „gegen die Provokation Karlsruhes als Residenz des Rechts“ starke Signale ihrer gelebten bunten Vielfalt aussendet. Wichtiger Partner dazu sei der auch für den 3. Juni in der Innenstadt angemeldete Christopher Street Day – Festtag für sexuelle Freiheit und Toleranz. -trö-

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170324bnn.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 24.03.2017 | Seite 22

„Durlach für Demo nicht geeignet“

CDU und Freie Wähler üben Kritik am OB: Stadtteil würde komplett lahmgelegt

BNN – Nach der CDU-Fraktion im Gemeinderat zeigen sich nun auch die Durlacher Christdemokraten besorgt wegen der für den 3. Juni angekündigten Neonazidemo in ihrem Stadtteil. Der Vorsitzende Dirk Müller zeigt sich besorgt und verständnislos, dass Oberbürgermeister Frank Mentrup Durlach als Standort für die Großdemonstration prinzipiell für geeignet hält. Er nehme billigend in Kauf, dass damit das Durlacher Innenstadtleben an diesem Tag vollkommen zum Erliegen komme und die Altstadt einer großräumig abgesperrten Festung gleiche.

Die CDU Durlach verkenne keinesfalls die juristischen Hürden für ein Verbot einer solchen Veranstaltung. „Mit seiner öffentlichen Aussage zu Durlach hat sich der Oberbürgermeister selbst der Argumente beraubt, mit den Veranstaltern über einen anderen Demonstrationsort zu verhandeln“, so die CDU. Dennoch fordere man den OB auf, bei dem Ende März anstehenden Kooperationsgespräch zwischen der Stadt und den Demonstrationsanmeldern dringend darauf hinzuwirken, den Veranstaltungsort noch aufzugeben. „Es muss alles dafür getan werden, Durlach als Veranstaltungsort zu verhindern“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Roswitha Henkel.

Heftige Kritik äußern auch die Freien Wähler Durlach an der Aussage des OB, Durlach sei „prinzipiell geeignet“ für die geplante Großdemo. „Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wie man zu einer solchen Einschätzung kommen kann“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Petra Stutz. Bis zu 1 000 Demonstranten, eine entsprechende Anzahl von Gegendemonstranten und dann noch die erforderlichen Sicherheitskräfte würden die Innenstadt von Durlach über Stunden vollständig lahmlegen. Es könne doch nicht Absicht der Verwaltung sein, dass an einem der umsatzstärksten Tage - noch dazu vor einem Feiertag und während des Kruschtlmarkts - mehrere Tausend Menschen Durlach komplett blockieren.

In einer Anfrage wollen die Freien Wähler deshalb zunächst informiert werden über Wegstrecke, Zeitpunkt und Sicherheitskonzept, fordern aber gleichzeitig den OB auf, seine Aussage zu überprüfen, zurückzunehmen und entsprechende Maßnahmen gegen die Demonstration zu ergreifen.

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170322bnn.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | Titel | 22.03.2017 | Seite 1

Mentrup erwartet breiten Protest

Karlsruhe (tw). Angesichts der geplanten rechtsextremen Großdemo am 3. Juni in Karlsruhe setzt OB Frank Mentrup (SPD) auf einen breiten und friedlichen Protest der Bürger. Gestern überreichte das „Netzwerk gegen rechts“ dem OB rund 9 000 Protestunterschriften gegen die Demo, hinter der im wesentlichen die rechtsextreme Partei „Die Rechte“ steht. OB Mentrup dämpfte allerdings die auch in der Petition geäußerte Hoffnungen, die Stadt könne die Kundgebung mit juristischen Mitteln verhindern. n Lokales

„Klares Signal der Stadtgesellschaft“

Netzwerk übergibt Unterschriften gegen Neonazidemo / OB sieht juristische Möglichkeiten begrenzt

Von unserem Redaktionsmitglied Theo Westermann

Als Andreas Brieger vom DGB Frank Mentrup den Ordner mit Unterschriften gegen die geplante Demonstration von Rechtsextremisten am 3. Juni in Karlsruhe überreichte, war die Liste praktisch schon veraltet. „Stündlich werden es mehr Unterschriften“ so Brieger. Gestern Morgen hatten bereits 9 000 Menschen bei der Onlinepetition unterschrieben. Mit den Unterschriften verbinden sie die Hoffnung, dass die Stadt alles Mögliche tut, um die Demonstration zu verhindern. Dies ist auch die Intention des „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“, das zur Zeit für ein großes Bündnis am 3. Juni trommelt. Briegers Ziel: „Wir wollen einen kreativen und friedlichen Protest.“ Die Antwort des Oberbürgermeisters, der gestern am Eingang des Rathauses die Unterschriften entgegennahm, war zweigeteilt. Einmal betonte er die politische Ebene, einmal die juristische, sprich die Handlungsmöglichkeiten der Stadt. Der OB sagte zu Brieger: „In der Sache sind wir uns ja einig. Es ist eine berechnete Forderung des demokratischen Lagers, dass Rassisten nicht demonstrieren dürfen“. Aber juristisch sei dies eben schwierig. „Wenn die, die die Demo anmelden, sich an die Regeln halten, dann haben wir juristisch keine Möglichkeiten“.

Der OB erinnerte an die Rechtsextremistendemo Pfingsten 2013. als die Stadt bereits im Vorfeld gerichtlich gescheitert war. Dann aber hatte sie aus Sicherheitsgründen diese Demo doch noch verboten und damit vor Gericht später eine Schlappe erlitten. „Natürlich ist die Demonstration eine Provokation in der Stadt des Rechts, wir müssen es aber akzeptieren, dass diese möglich ist“, so der OB gestern. Wichtig sei ihm nun ein klares Signal der Stadtgesellschaft. Am kommenden Dienstag ist eine Besprechung beim DGB in dieser Sache geplant. Mentrup war in den vergangenen Wochen von Linksautonomen attackiert und teils diffamiert worden. Mentrup hatte gesagt, dass er die Bürger nicht zu Formen des zivilen Widerstands auffordern werde, die strafrechtliche Folgen nach sich ziehen.

Viele Dinge in Sachen 3. Juni sind noch unklar. Klar ist, dass die Demonstration bereits angemeldet wurde und dass die den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ tragende Partei „Die Rechte“ Durlach als den Ort der Demonstration auserkoren hat. Ende März soll ein erstes sogenanntes Kooperationsgespräch zwischen Stadt und Veranstalter stattfinden. Jenseits seiner grundsätzlichen Kritik an der Demo hält Mentrup Durlach als Standort für die Großdemo, zu der bis zu 1000 Rechtsextremisten erwartet werden, prinzipiell für geeignet. Bekanntlich findet am gleichen Tag in der Innenstadt schon der Christopher Street Day statt.

Unterdessen hat „Die Rechte“ vor einigen Tagen bei einer Veranstaltung in Dessau für die Demonstration in Karlsruhe getrommelt. In einer den BNN vorliegenden Erklärung der Partei heißt es wörtlich: „Am 3. Juni alle zusammen nach Karlsruhe!“. Man wolle gemeinsam ein Zeichen „im verloren geglaubten Baden-Württemberg setzen“.

n Kommentar

Noch Zeit

Kommentar

Es ist keine kommode Lage, in der sich der OB wegen der für 3. Juni angekündigten Neonazidemo befindet. Aber da Personalisierung in dieser Lage nicht weiterhilft, darf man getrost sagen, nicht der OB alleine, sondern die ganze Stadt ist in einer unbequemen Position. Natürlich ist die großspurige Ankündigung der Rechtsextremisten eine gegen alle gerichtete Provokation. Dass manche Linksautonomen nun mit Frank Mentrup eine Art Sündenbock personalisieren, fällt ausschließlich auf jene Kreise zurück. Diese Demonstration ist eine Provokation der Stadtgesellschaft, die eine Antwort darauf suchen muss. Entscheidend ist die Frage, wie reagiert Karlsruhe?

Ein großer, kreativer, friedlicher und kluger Protest soll es sein, so ist der Wunsch des OB, so ist der Wunsch sicher ganz vieler Menschen und Gruppen, nicht zuletzt natürlich des Netzwerks gegen Rechts. Viele wollen die Demonstration auch grundsätzlich verhindern. Hier legt der OB aber den Finger in die Wunde, und dies muss im Vorfeld geklärt sein: Wenn die Demonstration zulässig ist, wenn Regeln und Auflagen eingehalten werden, dann wird sie nicht zu verhindern sein. Dann muss eine Demokratie das ertragen, sozusagen als Preis einer weit gefassten Freiheit für alle. Eine Aufforderung zum Rechtsbruch ist mit ihm nicht zu machen, das hat der OB klargemacht. Wenn die Karlsruher Polizei, die sich auf einen richtig großen Einsatz vorbereitet, gezwungen wäre, das Demonstrationsrecht auch durchzusetzen, wäre etwas schiefgelaufen. Noch ist viele Wochen Zeit, eine derartige Konfrontation zu verhindern. Theo Westermann

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170314bnn.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | Titel | 14.03.2017 | Seite 1

Vorbereitung auf Demo

Angesichts einer geplanten rechtsextremen Großdemo am 3. Juni rüsten sich Verwaltung, Polizei und auch Gegendemonstranten. Der OB muss sich dabei Attacken erwehren.

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170314bnn.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 14.03.2017 | Seite 19

Vorbereitung auf einen schwierigen Tag

Vor der Großdemo von Rechtsextremisten am 3. Juni laufen die Drähte bei Polizei, Verwaltung und Gegendemonstranten heiß

Von unserem Redaktionsmitglied Theo Westermann

Noch zwölf Wochen bis zu dem Tag, an dem in Karlsruhe am 3. Juni vermutlich bis zu 1 000 Rechtsextreme ihren selbst erklärten und großsprecherischen „Tag der deutschen Zukunft“ begehen wollen. Die rechtsextreme Szene trommelt bundesweit für dieses Treffen, das die vergangenen Jahre quer durch die Republik stattfand. Beim bisher letzten Mal 2016 in Dortmund konnte die Polizei mit einem Großaufgebot von 5 000 Beamten nicht verhindern, dass rechtsextreme Demonstranten und Gegendemonstranten aufeinandertrafen und es zu Ausschreitungen und Gewalt kam. Auch in Karlsruhe bereitet man sich auf diesen schwierigen Tag vor, sowohl Verwaltung, Polizei und natürlich auch jene, die dagegen protestieren wollen. Inzwischen wurde dies auch ein Thema für die Kommunalpolitik, seitdem sogenannte Antifaschisten maßlose Attacken auf den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Frank Mentrup reiten. Die BNN stellen die Hintergründe vor:

Die rechtsextreme Szene

Im wesentlichen stehen hinter dem „Tag der deutschen Zukunft“ Akteure der rechtsextremen Kleinpartei „Die Rechte“, die bestens vernetzt sind in der rechtsextremen Szene. Bereits vor einem Jahr wurde die Demo in Karlsruhe von einem Aktiven der Partei angemeldet. In Karlsruhe hat diese einen Kreisverband, der bei der vergangenen Landtagswahl beispielsweise durch hetzerische Plakate auffiel. Auch der Landesvorsitzende kommt aus Karlsruhe. Deren Akteure steckten auch hinter dem „Tag der Heimattreue“ in Bruchsal, sie waren auch jene, die aus Pegida Karlsruhe über Spaltungen die rechtsextreme Aktion „Karlsruhe wehrt sich“ machten. Bekanntlich hatte Pegida Dresden seinem Karlsruher Ableger den „Firmennamen“ entzogen, weil er als zu rechts galt. Verbindungen gibt es weiter zur verzweigten „Kameradschaftsszene“ auch in die Region. Bundesvorsitzender von „Die Rechte“ ist der Rechtsextremist Christian Worch, der nun mit seiner Bürgermeisterkandidatur im nahen Au am Rhein für Schlagzeilen und Aufmerksamkeit sorgt. „Die Rechte“ ist offen antisemitisch, verherrlicht das Naziregime und leugnet den Holocaust. Bei mehreren Vorbereitungstreffen in den vergangenen Monaten in und um Karlsruhe trat dieser Charakter erneut deutlich zu Tage.

Der Protest

In Karlsruhe regt sich seit längerem natürlich der Protest gegen den Neonaziaufmarsch. Zu nennen ist dabei wesentlich das Karlsruher „Netzwerk gegen Rechts“, ein breites Bündnis von linken, aber auch bürgerlichen Gruppen, es ist fast alles drin vertreten, was in der Stadtgesellschaft Rang und Namen hat, etwa die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien wie Grüne, SPD oder FDP-Fraktion. Das Bündnis hat sich bereits bewährt bei den regelmäßigen Protesten gegen die (zunächst) Pegida-Demos und dann gegen jene von „Karlsruhe wehrt sich“. Durch die Mitarbeit des städtischen Kulturamts oder des Stadtjugendausschusses hat es quasi auch den Segen der Stadt. Am 28. März trifft sich deshalb auch eine erste Runde im DGB-Haus, um über Protestmaßnahmen gegen die Demo zu beratschlagen. Auch der OB nimmt dran teil. Doch das Bündnis hat Bruchlinien. Durch die enorme Bandbreite gibt es auch höchst unterschiedliche Einschätzungen. So gibt es etwa Gruppen, die wie die Interventionistische Linke ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt haben, andere Zusammenschlüsse verlangen ein höchst kompromissloses Vorgehen gegen die Rechtsextremen bis hin zu Blockadeaktionen. Damit wäre aber die Grenze zu strafbaren Handlungen überschritten. Dies ist auch der Knackpunkt für alle Gegenaktionen. Ist man bereit, Rechtsbruch zu begehen, um die Demonstration der Rechtsextremisten zu verhindern? Ist man bereit, die Polizei in eine Lage zu bringen, wo sie das Demonstrationsrecht durchsetzen muss?

Die Stadtverwaltung

Die Stadtverwaltung ist mit ihrer Ordnungsbehörde zuständig für entsprechende Auflagen zur Demo. Sie muss sie nicht genehmigen, sie kann scharfe oder weniger scharfe Auflagen erlassen, sie kann sie aber auch verbieten, wenn es dafür konkrete Anhaltspunkte gibt. Da muss es dann aber entweder um zu erwartende Straftaten oder um nicht beherrschbare Risiken für die öffentliche Ordnung gehen. Diese Hürde ist hoch: Die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes öffentliches Gut, immer wieder haben die Gerichte bis hin zum Bundesverfassungsgericht dieses Recht auch extremen Gruppen zugestanden. Die Stadt ist nicht bereit, sich hier auf ein aussichtsloses Gerichtsverfahren einzulassen, dies hat OB Frank Mentrup wiederholt deutlich gemacht und darauf verwiesen, dass auch die Gegenseite juristisch versiert beraten ist. Für diese Einschätzung der Rechtslage und auch seiner Weigerung, zu irgendwelchen strafbaren Handlungen aufzurufen, um die Demo zu verhindern, kassiert er nun von linksextremen Gruppen massive persönliche Angriffe. „Das Perfide ist nicht nur die Verunglimpfung, sondern perfide ist, dass, wenn ich bestimmte Dinge nicht tue, mir unterstellt wird, ich würde die Rechtsextremen billigen“, sagte der OB jüngst zu den BNN. Die Reibungen zwischen OB und linksautonomer Szene resultieren auch daher, dass Mentrup diesen Antifa-Gruppen nicht den Gefallen tut, beim Protest gegen die regelmäßigen Demos der Rechtsextremen unterschiedlicher Couleur in der Stadt ständig Flagge zu zeigen.

Die Polizei

Wie die Polizeibehörde der Stadt bereitet sich auch die Polizei intensiv auf den 3. Juni vor. „Wir holen uns Infos, wo es geht,“ so Polizeisprecher Fritz Bachholz gegenüber den BNN. Gerechnet wird mit einem Großeinsatz, wie ihn Karlsruhe schon lange nicht mehr erlebt hat. Erschwerend kommt noch hinzu, dass am 3. Juni auch der Christopher Street Day in der Innenstadt stattfindet. Auflagen für den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ könnten dann so aussehen, dass man diese Demo fern von der Innenstadt halten will. Aber auch jene Auflagen könnten von den Rechtsextremen vor Gericht gebracht und bei allzu offensichtlicher Benachteiligung auch gekippt werden. Dies wäre etwa der Fall, wenn man die Demonstration in irgendein fernes Industriegebiet verlegen wollte.

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170310ob.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 10.03.2017 | Seite 19

„Der Versuch, mich zu provozieren“

OB Mentrup sieht sich von Plakaten und Aufklebern linker Gruppen diffamiert

Stadt schaltet Staatsanwaltschaft ein

tw. Im Stadtgebiet sind Aufkleber aufgetaucht, in denen von sogenannten Antifaschisten OB Frank Mentrup (SPD) der Vorwurf gemacht wird, „auf dem rechten Auge blind zu sein“. Außerdem wurden Plakate aufgehängt, auf denen der OB die am 3. Juni in Karlsruhe stattfindende rechts-extreme Großdemo „Tag der deutschen Zukunft“ willkommen heißt. Die Urheber bleiben anonym, brüsten sich aber in einer Mail an die Medien mit ihrer Aktion. „Das ist der Versuch, mich zu provozieren,“ sagte der Oberbürgermeister gegenüber den BNN. „Wenn so etwas von rechts käme, würde man es für undemokratisch halten,“ wirft der OB diesen anonym arbeitenden Gruppen vor. Weil auf dem Plakat dem OB ein Zitat in den Mund gelegt wird und es zudem einen offiziellen Eindruck vermittelt, hat die Stadt dies inzwischen „wegen Ehrverletzung“, so der OB, der Staatsanwaltschaft zur Prüfung übergeben.

Die anonyme Kampagne hat zum einen mit dem „Tag der deutschen Zukunft“ zu tun, der in den vergangenen Jahren in Dortmund stattfand. Gegen die Demo, zu der bis zu 1000 Rechtsextreme erwartet werden und hinter der im wesentlichen die Splitterpartei „Die Rechte“ steht, formiert sich in Karlsruhe ein breiter Widerstand verschiedener Gruppen. Hier sieht sich die Stadt auch in einer Koordinierungsfunktion, betont der OB, am 28. März wird es dazu ein erstes größeres Gespräch, auch mit Mentrup, im DGB-Haus geben. Hier registriert der OB aber eine Erwartungshaltung mancher linker Gruppen, die er und die Stadt nicht erfüllen können. „Es gibt Formen des zivilen Widerstands, die strafrechtliche Folgen nach sich ziehen. Dazu kann ich nicht aufrufen,“ sagt der OB eindeutig.

Die Stadtverwaltung würde zwar alles dafür tun, diese Demo verbieten zu lassen, wenn es Möglichkeiten gäbe. „Doch der Spielraum für Verbote wird immer enger. Die andere Seite wird dazu keinen Anhaltspunkt bieten,“ blickt der OB auf die aktuelle Rechtsprechung. Die anonyme Kampagne gegen ihn führt Mentrup aber auch auf seine Position gegenüber den regelmäßigen Demos von zunächst Pegida und dann deren Nachfolgern in der Innenstadt zurück. „Hier gibt es eine unterschiedliche Einstellung von mir und diversen Gruppen,“ so der OB. Angesichts von nur noch wenigen rechtsextremen Demonstranten sehe er sich „nicht immer zu einer Stellungnahme herausgefordert“.

Genau dies verlangen aber manche Akteure der Gegendemonstranten von Oberbürgermeister.

<http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170310au.pdf>

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | SÜDWESTECHO | 10.03.2017 | Seite 9

„Rechte“ in Au am Rhein

Neonazis nutzen Bürgermeisterwahlkampf als Plattform

Au am Rhein (hu). Eigentlich sollte der Wahlkampf um die Nachfolge des langjährigen Bürgermeisters Hartwig Rihm eine spannende Zeit werden. Doch jetzt machen sich in der kleinen Riedgemeinde im Landkreis Rastatt Sorgen breit: Mit dem bekannten Holocaust-Leugner Christian Worch und seiner Partei „Die Rechte“ ist ein Kandidat ins Rennen eingetreten, der eine spezielle Klientel anspricht. Nun hat die Partei bei der Gemeinde auch noch eine Versammlung für den morgigen Samstag angemeldet. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde klar: Die Versammlung wird nicht genehmigt. Die Partei wurde von der zuständigen Behörde informiert.

Christian Worch ist in der rechtsradikalen Szene kein unbeschriebenes Blatt. Zwar soll sich der mehrfach Vorbestrafte Insidern zufolge mit zahlreichen Größen der Szene überworfen haben, doch immer noch über enormen Einfluss verfügen. Im Landkreis Rastatt war Worch, der in Parchim in Mecklenburg-Vorpommern lebt, zuletzt 2005 bei einer Demonstration in Rastatt in Erscheinung getreten.

In Au am Rhein befürchtet man nun, Worch und seine Partei wollten die Bürgermeisterwahl dazu missbrauchen, um die rechte Szene im Landkreis für den im Juni geplanten „Tag der deutschen Zukunft“ in Karlsruhe zu mobilisieren. Der Wahlgang selbst ist am 26. März. Bereits nächste Woche Mittwoch haben alle fünf Kandidaten die Gelegenheit, sich bei einer öffentlichen Veranstaltung vorzustellen. Wie die Gemeindeverwaltung mitteilt, ist bisher noch nicht klar, ob Worch diesen Termin wahrnehmen wird.

Ein „eherner Demokrat und Zeitungspionier“

Das Kunstprojekt „Luther – einer von uns“ bildet mit dem BNN-Begründer Wilhelm Baur einen Charakterkopf ab

Von unserem Redaktionsmitglied Theo Westermann

Wilhelm Baur hatte Charakter. Und er hatte einen sprichwörtlichen Charakterkopf. „Als die Amerikaner ihm 1946 die Lizenz für eine Zeitung gaben, wussten sie genau, wen sie ausgewählt hatten“, sagte BNN-Verleger Klaus Michael Baur mit dem Blick auf den Begründer und ersten Verleger der Badischen Neuesten Nachrichten. In der Endphase der Weimarer Republik war der Zentrumsaktivist und Journalist Baur auch in Straßenkämpfen gegen die Nazis vorgegangen – jene belegten ihn nach der Machtergreifung dann mit Acht und Bann. 1973 starb Wilhelm Baur.

Nun hat das Projekt „Luther – einer von uns“ der evangelischen Kirche in Karlsruhe der historischen Persönlichkeit und dem in den BNN unvergessenen Verleger eine Art neues Gesicht verliehen und zwar durch das Werk des Berliner Künstlers Harald Birk. 22 (im wesentlichen) Karlsruher Personen hat er als sogenannte Lutherbüsten porträtiert, alle stehen sie im Jahr des Reformationsjubiläums für eine bestimmte Botschaft oder ein Thema des Reformators Martin Luther. Und im Falle von Wilhelm Baur ist dies natürlich das Vertrauen in die Kraft des gedruckten Wortes, ohne das die Reformation unvorstellbar ist. Am vergangenen Sonntag wurden die 22 Büsten bei der Eröffnung des Reformationsjubiläums in der Lutherkirche der Öffentlichkeit vorgestellt. Als eine „Meisterleistung“ bewertete der heutige Verleger Baur die Arbeit Bircks bei einer Feierstunde mit Blick auf die zunächst im BNN-Konferenzraum ausgestellte Büste. „Es ist daraus etwas sehr lebendig Wirkendes entstanden. Wir erkennen Tatkraft, wir erkennen unternehmerischen Geist und wir erkennen einen profilierten Zeitungspionier.“ Der Verleger und Chefredakteur der BNN zog eine Parallele von den Zeiten Wilhelm Baur bis heute. „Wir erleben schwierige Zeiten, die Demokratie wird überall hinterfragt.“ Wilhelm Baur sei ein „eherner Demokrat“ gewesen, ihm sei es zu verdanken, dass die BNN im christlich-liberalen Wertekanon verankert ist. „Als Zeitungspionier ist er bis heute ein Vorbild.“

Das Projekt „Luther – einer von uns“ wurde zwar initiiert von Stadtkirchenpfarrer Dirk Keller sowie getragen von der gesamten evangelischen Kirche in Karlsruhe, doch es ist kein ausschließlich evangelisch-konfessionelles Projekt. Dafür stand gestern neben der Anwesenheit des evangelischen Stadtdekans Thomas Schalla auch dessen katholischer Amtskollege Hubert Streckert. Der 1895 geborene Wilhelm Baur war ein bekennender Katholik und als Sohn seiner Zeit noch weit fern von jeglichem ökumenischen Gedanken.

Kein Problem für Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh bei der Feierstunde in den BNN, ganz im Gegenteil: „Der Kern der Reformation gehört nicht einer Konfession. Die Spaltung der Kirchen war nicht ihr Ziel, die Zusammenführung bleibt weiter die Aufgabe.“ Cornelius-Bundschuh sah den Wert des Projektes gerade darin, dass es im Ergebnis hinausstrebt in die gesamte Stadt. Dies betonte auch Pfarrer Keller: „Unsere Aufgabe ist es nun, mit unserer Botschaft in die Stadt zu gehen und sie den Menschen zu präsentieren.“

In den nächsten Wochen werden ein Großteil der 22 Büsten in Karlsruhe an den Wirkungsstätten der Abgebildeten aufgestellt. So steht die Büste Wilhelm Baur ab Samstag in der BNN-Geschäftsstelle in der Lammstraße in Karlsruhe, dort befand sich einst der Hauptsitz der Zeitung. „Der christliche Glaube gehört eben nicht in die Kirche alleine“, so der Bischof. Und blickte auf den Porträtierten: „Die Freiheit eines Christenmenschen ist es auch, Verantwortung zu übernehmen.“ Aber, um diesen vielleicht aufkommenden Vorwurf zu entkräften: „Wir heroisieren hier nicht. Auch Luther hatte seine blinden Stellen.“ Der Theologe Wilfried Härle blickte noch einmal ausdrücklich auf die Rolle des Buchdrucks bei der Verbreitung der Thesen der Reformation. „Für die Reformation war die Erfindung des Buchdrucks ein Glücksfall.“

Die Rolle des BNN-Begründers in der Stadt, auch dessen jahrzehntelange Tätigkeit als Stadtrat, würdigte OB Frank Mentrup. „Wilhelm Baur hat genau gewusst, was er will. Er war aber auch in der Lage, sich den jeweiligen Anforderungen anzupassen, ohne seine Prinzipien aufzugeben.“

Nach der kleinen Feierstunde hatte die BNN-Belegschaft Gelegenheit, die Büste des Firmenbegründers zusammen mit Künstler Harald Birck in Augenschein zu nehmen. Konkrete Erinnerungen an Wilhelm Baur hatte der ein oder andere Mitarbeiter höchstens noch aus Kindertagen, wenn bereits die Eltern im Betrieb arbeiteten. Die junge BNN-Generation eroberte sich die Büste allerdings ganz zeitgemäß, mit vielen Fotos für das Smartphone.

Auszug aus WebDoku der Zivilklausel-Ini

24.03.17	<p>Karlsruhe Amtsblatt der Stadt Petition: Zivilgesellschaft setzt Zeichen OB Mentrup ist erstmals eindeutig: Stadt könne juristisch kein Verbot durchsetzen, wenn sich der Veranstalter an die Auflagen halte und erinnert an gerichtliche Schlappe nach rechts-extremer Kundgebung 2013. D.h. OB ignoriert ohne Rücksprache die in PM VVN-BdA erklärten Verbotgründe NotInOurName * BNN Durlach für Demo nicht geeignet „CDU und Freie Wähler üben Kritik am OB: Stadtteil würde komplett lahmgelegt.“ Die nachhaltigste Lösung aller Probleme: Ein verfassungsrechtlich überzeugend begründetes Verbot des Nazi-Großaufmarsches * 25.03. BNN Quadratur des Kreises * 26.03. VVN-BdA antwortet auf Amtsblatt an OB, Stadträte u.a. zum Gespräch am 28.03. Dazu Presstext-Sammlung zum Nachlesen zur Vorbereitung</p>
22.03.17	<p>Karlsruhe BNN über Nazi-Aufmarsch 3. Juni Mentrup erwartet breiten Protest „Klares Signal der Stadtgesellschaft“ Noch Zeit (Kommentar) * Leserbrief DS * Leserbrief Netzwerk 21.03.17 Mehr * Regio-News * ka-news * Baden-TV * beobachternews</p>
14.03.17	<p>Karlsruhe Vorbereitung auf einen schwierigen Tag BNN: Vor Großdemo von Rechts-extremisten am 3. Juni laufen die Drähte bei Polizei, Verwaltung und Gegendemonstranten heiß. * Offener Brief II Dietrich Schulze an OB Frank Mentrup und Offener Brief II Korrektur mit Bedauern an BNN-Adresse * 50 Expl. Faltblatt mit 3 Briefen & Buchenwaldschwur am 15.03. verteilt u.a. an OB</p>
10.03.17	<p>3mal BNN Karlsruhe ■ „Der Versuch, mich zu provozieren“ OB Mentrup sieht sich von Plakaten und Aufklebern linker Gruppen diffamiert ■ „Rechte“ in Au am Rhein Neonazis nutzen Bürgermeisterwahlkampf als Plattform ■ Südwest-SPD hofft auf Schulz-Effekt Landesparteitag morgen in Schwäbisch Gmünd * Offener Brief Dietrich Schulze an OB Frank Mentrup zu den 3 Punkten</p>
09.03.17	<p>Karlsruhe Ein „eherner Demokrat und Zeitungspionier“ BNN über den BNN-Begründer Wilhelm Baur: "In der Endphase der Weimarer Republik war der Zentrumsaktivist und Journalist Baur auch in Straßenkämpfen gegen die Nazis vorgegangen – jene belegten ihn nach der Machtergreifung dann mit Acht und Bann."</p>

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170326ds.pdf>

26.03.2017 von Dietrich Schulze dietrich.schulze@gmx.de